



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

Brüssel, den 18. September 2009

13361/09

**COPEN 170
EJN 34
EUROJUST 54**

VERMERK

der	deutschen Delegation
für	die Gruppe "Zusammenarbeit in Strafsachen (Sachverständige für den Europäischen Haftbefehl)"

<u>Betr.:</u>	Informationen („fiche française“) der deutschen Delegation zur Behandlung Europäischer Haftbefehle
---------------	--

Die nachfolgenden Informationen dienen zur Erläuterung der praktischen Behandlung Europäischer Haftbefehle in der Bundesrepublik Deutschland. Sie geben einen zusammenfassenden Überblick und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Das Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Europäisches Haftbefehlsgesetz – EuHbG) vom 20. Juli 2006 ist am 2. August 2006 in Kraft getreten. Der Gesetzestext wurde auf der Homepage des Rates veröffentlicht (http://ue.eu.int/cms3_Applications/applications/PolJu/details.asp?lang=EN&cmsid=545&id=66).

Die zum Rahmenbeschluss abgegebenen Erklärungen finden sich im Ratsdokument 12509/06 COPEN 94 EJN 22 EUROJUST 43. Sie lauten:

„Zu Artikel 6 Abs. 3 des Rahmenbeschlusses: Zuständige Justizbehörden nach Artikel 6 sind die Justizministerien des Bundes und der Länder. Diese haben die Ausübung ihrer aus dem Rahmenbeschluss folgenden Befugnisse zur Stellung ausgehender Ersuchen (Artikel 6 Abs. 1) in der Regel auf die Staatsanwaltschaften der Länder und die Landgerichte und die Befugnisse zur Bewilligung eingehender Ersuchen (Artikel 6 Abs. 2) in der Regel auf die Generalstaatsanwaltschaften der Länder übertragen.

Zu Artikel 8 Abs. 2 des Rahmenbeschlusses: Die Bundesrepublik Deutschland erkennt einen Europäischen Haftbefehl in jeder Amtssprache derjenigen Ausstellungsstaaten an, die von deutschen Justizbehörden ausgestellte Europäische Haftbefehle in deutscher Sprache anerkennen.

Zu Artikel 25 Abs. 2 des Rahmenbeschlusses: Zuständige Behörde für die Entgegennahme von Durchlieferungsersuchen ist die Generalstaatsanwaltschaft, in deren Gebiet der Verfolgte zur Durchlieferung überstellt werden soll.

Zu Artikel 31 Abs. 2 Unterabsatz 4 des Rahmenbeschlusses: Die in Artikel 31 Abs. 1 genannten multilateralen Übereinkommen bleiben hilfsweise anwendbar, soweit sie die Möglichkeit bieten, über die Ziele des Europäischen Haftbefehls hinauszugehen, zu einer Vereinfachung oder Erleichterung der Verfahren beitragen und der betreffende Mitgliedstaat sie insoweit ebenfalls weiter anwendet. Entsprechendes gilt für von der Bundesrepublik Deutschland mit einzelnen Mitgliedstaaten geschlossene bilaterale Vereinbarungen.

Sonstige Erklärungen werden nicht abgegeben.“

Darüber hinaus gelten folgende Leitlinien:

Die in das Schengener Informationssystem (SIS) eingestellten Ausschreibungen werden, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Einstellung in das SIS, grundsätzlich als Europäische Haftbefehle behandelt.

Auslieferungersuchen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Europäischen Haftbefehlsgesetzes bereits anhängig waren, werden ebenfalls nach neuem Recht, also als Europäische Haftbefehle behandelt.

Deutschland hat keine Erklärung nach Artikel 32 Abs. 1 Satz 3 des Rahmenbeschlusses abgegeben, so dass die Regeln des Europäischen Haftbefehls ohne zeitliche Einschränkung rückwirkend geltend.

Nach der Festnahme eines Verfolgten wird dieser unverzüglich, spätestens am Tag nach seiner Festnahme, dem nächstgelegenen Amtsgericht vorgeführt. Dabei wird er unter anderem befragt, ob er seiner Übergabe zustimmt. Die Zustimmung ist zu richterlichem Protokoll zu erklären und kann nicht widerrufen werden. Stimmt der Verfolgte seiner Übergabe nicht zu, entscheidet das Oberlandesgericht, in dessen Bezirk der Verfolgte festgenommen wurde, über die Zulässigkeit der Übergabe. Erklärt das Oberlandesgericht die Übergabe für zulässig, entscheidet die nach der deutschen Erklärung zu Artikel 6 Abs. 2 des Rahmenbeschlusses (siehe oben) zuständige Justizbehörde, also in der Regel die Generalstaatsanwaltschaft, in deren Bezirk der Verfolgte festgenommen wurde, über die Bewilligung der Übergabe. Mit der Festnahme des Verfolgten in Deutschland wird dem ersuchenden Staat die zuständige Justizbehörde (Anschrift, Telefonnummer, Telefaxnummer) mitgeteilt.

Nach § 83c des deutschen Umsetzungsgesetzes soll, den Vorgaben in Artikel 17 des Rahmenbeschlusses folgend, im Falle der Zustimmung des Verfolgten spätestens innerhalb von zehn Tagen nach Erteilung der Zustimmung, andernfalls spätestens innerhalb von 60 Tagen nach der Festnahme über die Übergabe des Verfolgten entschieden werden. Bis zu dieser Entscheidung hat der Ausstellungsmitgliedstaat die Möglichkeit, ergänzende Informationen zu übermitteln.

Die Entscheidungen der zuständigen Justizbehörden sind grundsätzlich nicht anfechtbar.

Zu den Zulässigkeitsvoraussetzungen und zu den Bewilligungshindernissen wird auf §§ 80 – 83b des deutschen Umsetzungsgesetzes verwiesen.

Nach § 83c Abs. 3 des deutschen Umsetzungsgesetzes soll die Übergabe des Verfolgten, den Vorgaben in Artikel 23 des Rahmenbeschlusses folgend, spätestens zehn Tage nach der Entscheidung über die Bewilligung erfolgen, wobei die in Artikel 23 des Rahmenbeschlusses vorgesehene Verlängerungsmöglichkeit gilt.